

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

23 (25.2.1947)



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lammstr. 1b-5, Tel. 4051/53. Bezahlungsart: 3mal wöchentlich. Ausgaben: 1. Karlsruhe, 2. Rheinfelden, 3. Pforzheim (Dienstag, 19. u. für Bruchsal, Friedrichstraße, Kaufhaus Scharf).

2. Jahrgang / Nummer 23 • Karlsruhe, Dienstag, 25. Februar 1947

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monat, Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,90 zuzügl. RM 0,30 Zustellgebühr. Anzeigensatz: Die Tagespost, Nonpa-Zeile RM 2.—, Ansp. Pforzheim RM 1.—, Amtl. Anz. die Hälfte.

Frankreichs Ruhr-Plan

Paris, 24. Febr. (ap) Der Außenpolitische Ausschuss der französischen Nationalversammlung stimmte am 19. d. Mts. für eine Unterstützung des Planes der Regierung zur Internationalisierung der Ruhr, den Außenminister Bidault in Moskau vortragen wird.

Der Bericht fordert erneut die Unterstellung der Kohlengruben und Hochöfen der Ruhr unter eine internationale Organisation, ähnlich der, die Bernard Baruch in den USA für die Atomkontrolle vorgeschlagen hat.

Thorez fordert mehr Ruhrkohle. Paris, 24. Febr. (dena-Reuter) Eine größere Zuteilung von Ruhrkohle für Frankreich, die Internationalisierung der Ruhr und den wirtschaftlichen Anschluss des Saargebietes an Frankreich forderte am 23. Februar der Leiter der französischen Kommunistischen Partei und stellv. Ministerpräsident Maurice Thorez.

Zum vorgesehene anglo-französischen Bündnis erklärte Thorez, daß sich der Abschluß verzögert habe, weil Großbritannien Frankreichs Interesse gegenüber Deutschland mißverstehe.



Harold P. Stassen, ein neuer US-Präsidentskandidat, ehemaliger Gouverneur von Minnesota. Stassen legte dem Senatsarbeitskomitee ein zehn Punkte umfassendes Arbeitsverbesserungsprogramm vor, das auf „Selbstbeschränkung und Selbstdisziplin“ der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegründet ist. (dena-Bild)

Mehr Arbeiter ins Ruhrgebiet.

Stuttgart, 24. Febr. (ap) Die Arbeitsämter von Württemberg-Baden sind am 19. d. Mts. vom Militär-gouverneur Sumner Sewall angewiesen worden, auf schnellstem Wege 50 000 Arbeitskräfte für den Ruhrerbau zu stellen.

Er betonte jedoch, daß die Auswahl nach menschlichen und demokratischen Gesichtspunkten treffen und keinen Arbeiter „gegen seinen Willen“ verpflichten sollen.

Freundschaftspakt Polen-Frankreich

Paris, 24. Febr. (dena-Reuter) Polen hat am 19. d. Mts. einen Freundschafts- und Kulturpakt mit Frankreich auf die Dauer von 5 Jahren unterzeichnet.

Osterreich erhält Luftstreitkräfte

Verfahrensregelung für Deutschland ungeklärt — Marshall über die Friedensmission der Vereinigten Staaten

London, 24. Febr. (dena-Reuter) In ihrer bisher längsten Sitzung am 22. d. Mts., konnten die Sonderbeauftragten für Deutschland zu keiner Einigung über das bei der Friedensregelung für Deutschland anzuwendende Verfahren gelangen.

Bei der Diskussion des französischen Kompromissvorschlages für die Zusammensetzung der Ausschüsse machten die USA, ein bedeutendes Zugeständnis und erklärten sich einverstanden, daß die vier Ausschüsse für politische, wirtschaftliche, territoriale und militärische Fragen nur aus Vertretern der vier Großmächte bestehen sollen. Der britische Vertreter Sir William Strang beharrte auf seinem Standpunkt, daß auch die kleineren Alliierten in diesen Körperschaften vertreten sein müßten.

Einigung über österreichische Streitkräfte

Die Sonderbeauftragten für Österreich kamen am 22. d. Mts. überein, Österreich den Besitz von Luftstreitkräften, bestehend aus 90 Flugzeugen und 5000 Mann Personal zu gestatten. Von den 90 Flugzeugen dürfen nicht mehr als 70 Kampfflugzeuge sein. Der Besitz von Bomben ist nicht erlaubt.

Über den Artikel des Vertrages, wonach Österreich zur Zusammenarbeit gegen einen Versuch Deutschlands, außerhalb seiner Grenzen wieder aufzurufen, verpflichtet ist, wurde ebenfalls ein Übereinkommen erzielt.

Osterreich will an Moskauer Konferenz teilnehmen

Osterreich ersucht in einer Note, die am 21. d. Mts. dem Generalsekretär der Konferenz der Sonderbeauftragten der Außenminister überreicht wurde, formell darum, zur Moskauer Konferenz eingeladen zu werden.

Jüdische Reparationsforderung

Die amerikanisch-jüdische Konferenz forderte in einem an die Stellvertreter der Außenminister der großen Vier gerichteten Memorandum, daß Österreich für die antisemitischen Verfolgungen seit dem „Anschluß“ den Juden Reparationen in Form von Geldmitteln leisten solle.

Optimistische sowjetische Stimme

London, 24. Febr. (dena-Reuter) Der sowjetische politische Kommentator J. Viktorow brachte am 22. d. Mts. in einer Sendung von Radio Moskau sein Vertrauen zum Ausdruck, daß auf der im kommenden Monat beginnenden Außenministerkonferenz ein Übereinkommen über Deutschland erzielt werde.

„Ohne Zweifel“, so sagte der Kommentator, „wird die Konferenz vielen Schwierigkeiten gegenüber-

„Es geht um die nackte Existenz“

Deutschland muß die eigenen Hilfsquellen verstärkt ausnutzen — Hitler, der Diktator des Weltungers

München, 24. Febr. (dena) Der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Josef Baumgartner befaßte sich am 23. d. Mts. in einer Rundfunkansprache mit der Frage, warum seit dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der brit. und amerik. Besatzungszone die Lebensmittelrationen ständig sinken.

Die Vereinigten Staaten hätten erklärt, sagte der Minister u. a., daß sie angesichts der Schwierigkeiten in der Fettversorgung der ganzen Welt im Jahre 1947 nicht in der Lage seien, Fett nach Deutschland zu liefern. Somit seien die beiden Zonen auf ihre eigenen unzureichenden und spärlichen Hilfsquellen wie das Milchfett und die Ölfürche angewiesen.

„Aber“, so erklärte Dr. Baumgartner, „es ist mein fester Entschluß, die Fettration aus diesen eigenen Hilfsquellen insbesondere mit Beginn der Grünfütterung wieder zu steigern, und zwar auch zu Lasten der Bauern, die eine weitere Verschärfung der Milchablieferung auf sich nehmen müssen.“

Hinsichtlich der Kartoffelwirtschaft war Dr. Baumgartner der Meinung, daß sich die Zonenvereinbarung nicht so ungünstig wie auf anderen Gebieten auswirken werde. Die Lieferung von 1 Millionen Zentner Zucker aus der britischen in die US-Zone werde es sogar ermöglichen, die Ration von 500 g Zucker pro Periode das ganze Jahr hindurch aufrechtzuerhalten.

„Es gibt keinen Ausweg, wir müssen über diese Übergangszeit hinwegkommen, bis unsere Wirtschaftsverhältnisse und die ganzen Zusammenhänge der Weltwirtschaft nach einem so furchtbaren Kriege wieder in Ordnung sind. Hitler ist nicht nur der Diktator des Krieges, sondern auch der Diktator des Weltungers geworden.“

Unter Aufrechterhaltung der Zwangsversorgung sieht Dr. Baumgartner in Deutschland z. Zt. für die Besorgung der Ernährungslage nur folgende Wege: Steigerung der Brotgetreide- und Kartoffelproduktion, Einführung einheitlicher und scharfer Erfassungsmethoden in allen Besatzungszone Deutschlands, Förderung des Industrieexportes zu Gunsten von Lebensmittel und schließlich die Heranziehung des deutschen Ostens zur Ernährung der deutschen Bevölkerung. „Es geht um die nackte Existenz von Millionen Menschen“. Wir wollen und werden von Bayern aus so gut helfen, wie wir können. Wir verlangen nur Gerechtigkeit und gerechten Austausch der Industrie- und Gewerbeerzeugnisse in Deutschland.“

Dr. Dietrich äußerte Rücktrittsabsichten

Stuttgart, 24. Febr. (dena) Hermann Dietrich, der Leiter des Zweizonenamtes für Ernährung und Landwirtschaft, hat in der vergangenen Woche während der Tagung der Ernährungsminister beider Zonen seinen Rücktritt angeboten mit der Begründung, daß er „die Verantwortung für die ständige Verschlechterung der Ernährungslage nicht länger tragen könne“.

Er habe die Rücktrittserklärung jedoch zurückgenommen, nachdem die übrigen Minister des Zweizonen-Ernährungsamtes an sein Pflichtgefühl gegenüber dem deutschen Volk appelliert hätten.

Dr. Dietrich gab während der Sitzung bekannt, daß die Fettration für beide Zonen in der kommenden Zuteilungsperiode um 50 g gekürzt werde und daß noch nicht einmal sicher sei, ob man die verbleibende Ration von

200 g während der ganzen Periode aufrechterhalten könne.

Der Leiter des Zweizonen-Ernährungsamtes führte diesen kritischen Fettmangel zum Teil auf die äußerst unzulängliche Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Bauern der US-Zone während der letzten zehn Monate zurück.

Erhöhter Export sichert deutsche Existenz

Lübeck, 24. Febr. (dena-DPD) Die Bedeutung des deutschen Außenhandels würdigte Dr. v. Maltzan, der Leiter der Abteilung Außenhandel im Verwaltungsamt für Wirtschaft der brit. und US-Zone, am 21. d. Mts. während einer Wirtschaftskonferenz in Lübeck.

Ein erhöhter Export zur Sicherung der Existenz des deutschen Volkes müsse die Richtschnur für die deutsche Industrie und den deutschen Handel sein.

England begünstigt Wiedererrichtung deutscher Industrie.

London, 24. Febr. (dena) Der brit. Botschafter in USA, Lord Inverchapel, erklärte, Großbritannien begünstige die kontrollierte Wiedererrichtung der deutschen Industrie, um damit den Deutschen wieder ein Zahlungsmittel in die Hand zu geben und um ihnen zu ermöglichen, sich selbst zu ernähren.

Holland fordert: Wieder Handel mit Deutschland

Den Haag, 24. Febr. (dena-Reuter) Das niederländische Oberhaus veröffentlichte am 22. Febr. ein Memorandum, in dem gegen Großbritannien und die USA der Vorwurf erhoben wird, sie würden die niederländischen Interessen in Deutschland nicht in ausreichendem Maße unterstützen. Der Wohlstand Hollands sei unlösbar mit dem Wohlstand und der Produktionskraft Deutschlands verbunden.

Namhafte Naziführer festgenommen

Aufdeckung neuer Untergrundbewegung — Hunderte von „Aktiven“ verhaftet

Frankfurt, 24. Febr. (dena) Als Ergebnis einer unter der Bezeichnung „Selection Board“ durchgeführten Überraschungssaktion gegen die Nazi-Untergrundbewegung wurden am Sonntag zehn namhafte ehemalige Naziführer festgenommen.

Unter den Festgenommenen in Württemberg-Baden, Hessen und Oberbayern, die überwiegend unzurechnungsfähig in Verbindung gestanden haben, befinden sich Kurt Ebersek (SS-Bezirksführer), Walter Schmalz (Wehrmacht), Martin Zintz, Sturmbannführer der SS, Friedrich Beck, Sturmbannführer der SA, Ernst Berndt, Hauptsturmführer der SS, Siegfried Betke, Hauptsturmführer der SS, Werner Reppke, Hauptsturmführer der SS, Hans Zavel, Obersturmführer der SS, Hans Becker, Obersturmführer der SS.

Die Verhafteten hatten auch zu Nahe Verbindung unterhalten, die bereits vor drei Monaten festgenommen worden waren. Bei den Letzteren handelte es sich um die beiden SS-Generale Erhard Müller und Karl Broeking, um den SS-Standartenführer und stellv. Gauleiter von Württemberg, Helmut Baumert, sowie um den SS-Hauptsturmführer Josef Koller.

Die Führer der Nazi-Organisation, so erklärte ein britischer Offizier, hätten mit der Verwendung vernichtender neuer Geheim-

waffen gedroht, die wie angenommen wird, mit der bakteriologischen Kriegführung im Zusammenhang stehen.

U. a. sei Hans Georg Eidmann, ein früherer Offizier der bakteriologischen Abteilung des OKW festgenommen worden. Die Naziführer hätten auch versuchen wollen, die Auslieferung deutscher Geheimwaffen an die Alliierten zu verhindern.

Welter wurde verhaftet: der SS-Offizier Dr. Rolf Willenring, Gründer und Leiter des „Kölner Kreis“, einer vor dem Krieg gebildeten Organisation zur Spionageaktivität in den Niederlanden. Der ehemalige Chef der Waffen-SS in Kassel und Hessen, Oberst der Waffen-SS Heinz Kling (Kommandeur des 2. SS-Panzerregiments während des Krieges) wurde ebenfalls im Rahmen dieser Aktion verhaftet.

Besonders des britischen und amerikanischen Intelligenz Service konnten bis zum Sonntagabend bereits mehrere Hundert der Naziverschwörer festnehmen. Unter den Mitgliedern dieser Untergrundbewegung, die über die britisch-amerikanische Zone hinaus auch mit der französischen und sowjetischen Besatzungszone in Verbindung stand, befinden sich viele zweifelhafte Nazis, die aus Internierungslagern geflohen waren.

Selbstmord schon 1943 vorbereitet.

Göttingen, 24. Febr. (dena-DPD) „Zyanalkalipillen für den Selbstmord führender Nationalsozialisten sind bereits im Jahre 1943 auf Veranlassung Hitlers und Himmlers hergestellt worden“, erklärte am 21. Februar der Rektor der Göttinger Universität Rein auf einer öffentlichen Studentenversammlung, auf der über die Ereignisse des 20. Juli 1944 diskutiert wurde.



Lord Mountbatten, Vizekönig von Indien

Lord Archibald Percival Wavell, der bisherige Vizekönig von Indien, wurde, wie der brit. Botschafter Lord Inverchapel am 20. Februar 1947 dem amerikanischen Außenminister George C. Marshall mitteilte, durch Admiral Lord Louis Mountbatten abgelöst. Der Amtswechsel wird im März stattfinden. Unser Bild zeigt Admiral Lord Louis Mountbatten. (dena-Bild)

8 Jahre Arbeitslager für v. Papan

Nürnberg, 24. Febr. (dena) Die Sonderprüfkammer für Großfälle in Nürnberg reichte den ehemaligen Botschafter Franz von Papan in die Gruppe der Hauptschuldigen ein und wies ihn auf die Dauer von 8 Jahren unter Anrechnung von einem Jahr und 5 Monaten bisher abgeleiteter politischer Haft in ein Arbeitslager ein. Sein gesamtes Vermögen bis auf 5000 Mark werden eingezogen.

Papan wird, wie sein Verteidiger Dr. Egon Kubuschok am Montag erklärte, bei der noch zu bildenden Berufungskammer gegen den von der Sonderprüfkammer Nürnberg über ihn ausgesprochenen Spruch Berufung einlegen.

Pressekonferenz mit von Papan

Nürnberg, 24. Febr. (dena) „In der französischen oder der britischen Besatzungszone befindet sich mich heute noch auf freiem Fuß“, erklärte am Montagnachmittag der ehemalige Botschafter Franz v. Papan in einer mit alliierten und deutschen Berichterstattern im Nürnberger Untersuchungsgefängnis abgehaltenen Pressekonferenz.

Man habe ihn für schuldig befunden, die

Funkmeldungen: Aus aller Welt

London, Harry Pollitt, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens, forderte am 23. Febr. in einem Bericht an den 19. Jahreskongress der Partei die sofortige Reorganisation der Labour-Regierung. Er wirft der britischen Regierung vor, daß er ihr mißlungen sei, eine sozialistische Friedenspolitik zu organisieren. (dena-Reuter)

Moskau, Generalissimus Stalin hat zum 29. Jahrestag der sowjetischen Armee am 23. d. Mts. einen Tagesbefehl erlassen, in dem es u. a. heißt: „Die sowjetische Armee feiert ihren 29. Jahrestag in einer Zeit, in der die ganze Nation am Wiederaufbau des Landes und der Beseitigung der Kriegsfolgen arbeitet. Unser Land wird die heroischen Erfolge der sowjetischen Armee in dem vergangenen Kriege niemals vergessen.“ (dena-Reuter)

Nanking, (ap) Wie das chinesische Informationsministerium in Nanking am 19. Febr. bekanntgab, wurden die neue 4. und die 18. Kommunistische Armee im Süden der Provinz Schantung von Regierungstruppen geschlagen und aufgerieben.

Letzte Neuigkeiten

KPD-Delegation nach England abgereist

Hannover, 25. Febr. (dena-DPD) Die Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands, die einer Einladung der Kommunistischen Partei Großbritanniens folgt, ist am Samstag von Osnabrück nach London abgereist.

Bevins Abreise nach Moskau

London, 25. Febr. (ap) Die Abreise des britischen Außenministers Bevin zur Außenministerkonferenz nach Moskau ist für den 3. März festgesetzt, wie ein Sprecher des Foreign Office am Montag bekanntgab.

Jugoslawische Aktien anmelden

Frankfurt, 24. Febr. (dena) Zur schriftlichen Anmeldung von Aktien jugoslawischer Unternehmen forderte am 14. d. Mts. die jugoslawische Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin auf. Danach sollen alle Inhaber solcher Aktien bis zum 12. März schriftlich an „Jugoslav Liaison Section to H. Q. U.S.F.“, A. P. O. 787 Frankfurt am Main, Oberlandstr. 108/109 oder an „Jugoslav Liaison Section München“, Reichsstr. 8/10 unter Mitteilung ihrer genauen Anschrift folgende Angaben senden: Benennung und Nummer der Aktien, wann, wo, von wem und auf welche Weise der jetzige Inhaber in den Besitz der Aktien gelangte, und in welchem Lande sich die Aktien zur Zeit befinden.

Die jugoslawische Militärmission macht darauf aufmerksam, daß die Aktien, wenn möglich, auch zu obige Adressen übergeben werden können. Eine Unterbrechung der Meldung habe den Übergang der Aktien in den Besitz des Staates zur Folge.

KURZ BELEUCHTET

Die leidige Angelegenheit „Maier contra Maier“

„Simpfendorfer“ wird immer mysteriöser. „Warum denn einfach, wenn man's kompliziert haben kann“, nach diesem Rezept wird verfahren — und das Volk wundert sich.

Über die neueste Wendung der Dinge schreibt unser Stützgarter No.-Vertreter: Minister Kamm hat am vergangenen Dienstag seinen Vertreter der „Reinhold Zeitung“ persönlich bestätigt, daß die Akten für die Spruchkammerverfahren gegen die beiden angeklagten Minister den zuständigen Kammern zur weiteren Bearbeitung übergeben und daß Herr Erwin Stump mit der Behandlung des Falles Dr. Reinhold Maier betraut worden sei.

Darüber hinaus hat die Spruchkammer Stuttgart am selben Tage mitgeteilt, daß der Meldebogen Dr. R. Maier bereits aus Schwäb. Gmünd angefordert worden sei. Der öffentliche Kläger Weg darf darüber entscheiden, ob er die Anklageschrift Fr. K. Maier belassen wolle oder nicht, sowie darüber, ob er auf den Bericht des Untersuchungsausschusses warten oder die Ermittlungen selbst sofort in Angriff nehmen wolle. Die Frage, ob die Immunität der beiden Beschuldigten als Landtagsabgeordneter gegenüber dieser Anklage nach dem Befreiungsgesetz bestehe oder nicht, sei von der Spruchkammer zu entscheiden. Das Verfahren werde bereits betrieben und genau so abgewickelt wie bei jedem andern.

Am Mittwoch hat der Vorsitzende der Spruchkammer I in Stuttgart in einem persönlichen Schreiben an F. K. Maier erklärt, daß dessen Anklageschrift in Behandlung genommen worden sei. Der öffentliche Kläger Stump hat laut Dem vom 21. 2. mitgeteilt, er habe bereits eingehende Ermittlungen in der Sache Dr. Reinhold Maier eingeleitet.

Nunmehr hat am vergangenen Freitag das Ministerium für Befreiung bekanntgegeben, daß die anfangs der Woche in der Presse veröffentlichten Nachrichten über die Inangestaltung der Verfahren falsch seien, und daß das Ministerium in Wirklichkeit angeordnet habe, daß die Klage gegen die beiden Minister zu ruhen hätte, bis dem öffentlichen Kläger das Material des Untersuchungsausschusses des Landtages und ein Gutachten des Rechtsausschusses des Länderrates vorgelegt werden würde. Nach dem Obengesagten bleibt wohl keine andere Erklärung für diese Widersprüche als die: Das Dementi des Ministeriums ist seinerseits falsch, die demontierten Pressmeldungen hingegen waren zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung richtig. Inzwischen ist man aber offenbar zu der Ansicht gelangt, daß der einige Tage vorher mit der Inangestaltung der Verfahren beschriebenen Weg doch nicht der vorteilhafteste sei, und Herr Minister Kamm hat deshalb die Verfahren wieder gestoppt. Um diese erneute Schwenkung vor der Öffentlichkeit zu tarnen, beschuldigt man die Presse der Falschberichterstattung.

Eine veränderte Haltung tritt auch in folgender Sache zutage: Während nach den von der Spruchkammer Stuttgart am 18. 2. gegebenen Informationen diese darüber zu entscheiden haben sollten, ob die Immunität des Landtagsabgeordneten auch gegenüber einem Spruchkammerverfahren Geltung habe, und während sich der Untersuchungsausschuss des Landtages in seiner letzten Sitzung am 17. 2. darüber schlüssig geworden war, zwar allgemein die abschließende Einrichtung des Staatsgerichtshofes zu fordern, nicht aber dessen Befassung mit den im Zusammenhang mit der Anklageerhebung gegen die Ermächtigungsgesetzler auftretenden verfassungsrechtlichen Fragen vorzuschlagen, meldet Dema heute, daß ein Gesetz zur Bildung des Staatsgerichtshofes für Württemberg-Baden, das Streitfragen über die Verfassung klären und erstmalig in der Frage der Immunität der sogenannten Ja-Sager entscheiden werde, am Mittwoch dem Landtag vorgelegt werden würde.

Karlsruher SPIEGEL

Feierstunde der Jugend

Die Kreisverbände der Jungsozialisten in der SPD von Karlsruhe, Pforzheim und Bruchsal...

Feierstunde der Jugend

Die Kreisverbände der Jungsozialisten in der SPD von Karlsruhe, Pforzheim und Bruchsal...

Badische Neueste Nachrichten

Febr. 1947 feiert das Ehepaar Karl Messing und Frau Josefina geb. Jüngert, Kriegsstraße 133, das Fest der goldenen Hochzeit.

Geburtsst. Den 80. Geburstag feiern am 25. 2. Frau Friederike Oberst, Uhländerstraße 29 und Frau Karoline Schucker, Hagsfeld, Jägerhausstr. 50. Das 82. Lebensjahr vollendet am 25. Febr. Karl Armbrust, Schlagfeldweg 5 (Ailsiedlung).



„Haben Sie schon das Heringsalter?“

Badische Kulturgemeinschaft neu gegründet

In einem Aufruf wendet sich die neu gegründete badische Kulturgemeinschaft an alle badischen Landsleute mit der Bitte, diese so wichtigen Institutionen in ihren bedeutsamen kulturellen Bestrebungen...

könne erfolgen. Nach dem Referat setzte eine rege Diskussion ein. Was wir bis jetzt getan hätten, sei Vogel-Strauß-Politik gewesen...

Sicherung der Körperbehinderten

Die Sicherstellung von Leben und Gesundheit der Körperbehinderten, insbesondere der Kriegsgeliebten, wurde am Samstag auf einer Tagung in Düsseldorf des Reichsbundes der Körperbeschädigten gefordert...

Kriegsgefangene helfen der Heimat

In diesen Tagen kommt der erste Transport von Lebensmittelpaketen in Köln an, den deutsche Kriegsgefangene, die in Belgien arbeiten, abgesandt haben.

Kriegsverluste der badischen evangelischen Pfarrer

Während des letzten Krieges sind 72 Pfarrer und Vikare und 16 Theologiestudenten der badischen Landeskirche gefallen.

Kundgebung des Freiwirtschaftsbundes

Am vergangenen Sonntag sprach Wilhelm Merks (Garmisch) auf Veranlassung des Freiwirtschaftsbundes im Munszaal über das Thema: „Fest der Wahrung der Wirtschaft“.

Die Spruchkammer II

Die Spruchkammer II, die am Samstag unter dem Vorsitz von Landesdirektor Dr. Lischnitz tagte, befaßte sich in drei Fällen mit der Einreihung der Betroffenen in die Gruppe der Hauptbeschädigten.

Auch der kaufm. Angestellte Fritz Scharpenacker

Auch der kaufm. Angestellte Fritz Scharpenacker war früh (1931) der Partei beigetreten, hatte ihr bis zum Ende angehört und Posten mit hochgehenden Titeln innegehabt.

Wer bekommt in Karlsruhe Winterbeihilfe?

Wie bereits bekanntgegeben, hat das Wirtschaftsamt die Winterbeihilfe für den Winter 1946/47 auf 40 RM (30 RM + 10 RM) festgesetzt.

Zuweisung von Schnittholz

Die Lage auf dem Gebiete der Holzverarbeitung hat sich nur unwesentlich gebessert, da der größte Teil des freierwerbenden Holzes vorläufig noch für Bau- und Instandsetzungen an Gebäuden verwendet werden muß.

Tagung der badischen Oberbürgermeister und Landräte

Am 17. Februar 1946 wurde in den Räumen der Landespolizeischule in Durlach unter dem Vorsitz von Landesdirektor Zimmermann eine Tagung der badischen Oberbürgermeister und Landräte durchgeführt.

Fortschrittliches Mannheimer Theater

Wie so viele große deutsche Bühnen, kämpft auch das traditionsbeladene Nationaltheater Mannheim einen verzweifelten Kampf gegen die einwärts gerichtete äußere Schwierigkeiten.

Kulturnotizen

- Bruno Walter, der ehemalige Dirigent der Charlottenburger Oper in Berlin und der Wiener Oper, wurde zum musikalischen Berater und Chefdirigenten des New Yorker Philharmonischen Orchesters für die Spielzeit 1947/48 ernannt.
- Die Schubert-Biographie des bekannten Mannheimer Pianisten Walter Reiberg, die er gemeinsam mit seiner Frau Paula Reiberg unter dem Titel 'Franz Schubert nach Leben und Werk' schrieb...

Staats- und Landesverwaltung

Der Landesdirektor für Kultus und Unterricht bittet um Veröffentlichung folgender Zuschrift: „Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wurde durch zwei Aufsätze in den BNN vom 21. Januar und 18. Februar auf dieses Thema gelenkt.“

Anmerkung der Redaktion

Damit schließen wir eine Diskussion, die zwar keine sachliche Klärung (bzw. Aufklärung) grundsätzlicher Dinge gebracht, uns aber wenigstens über die Kompetenzen der Verwaltung des Staatstheaters aufgeklärt hat.

Der erste amerikanische Film in deutscher Sprache

„Lebenskünstler“ (You can't take it with you) wurde in München festlich uraufgeführt. Unter der Regie Frank Capras spielen Lionel Barrymore und Edward Arnold die Hauptrollen.

Wie wird das Wetter?

Weiterbericht vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe: Wieder Übergang zu Tauwetter. Vorhersage, gültig bis Mittwochabend: Meist heiter, Frühnebel, dann zunehmende Bewölkung.

Rheinstromverhältnisse

23. Febr.: Konstanz 150 (+3), Breisach 144 (+7), Straßburg 162 (+57), Maxau 330 (+44), Mannheim 170 (+37), Caub 228 (+12), 24. Februar: Konstanz 250 (-), Breisach 108 (-36), Straßburg 162 (-), Maxau 390 (+40), Mannheim 310 (+12), Caub 342 (+114).

Rechtswissenschaftliche Mitteilungen

Das Reichsgericht hat am 14. Februar 1947 folgende Entscheidungen getroffen: Ein Grundstück, das während der Dauer eines Kriegsvertrages als Pfand gegeben wurde, ist nach dessen Aufhebung nicht wieder als Pfand geltend zu machen.

